

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 8. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 18. August 2011

1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und
Peter Wilhelm Dröscher
(SPD)**

Instrumentenreform am Arbeitsmarkt

Im Rahmen der „Instrumentenreform 2012“ ist seitens der Bundesregierung vorgesehen, die Arbeitsgelegenheiten erheblich zu begrenzen und insbesondere die finanzielle Ausgestaltung noch massiver zu beschneiden. Die bislang vorgehaltenen, oftmals zielgruppenspezifischen und qualitativ hochwertigen Maßnahmen zur Qualifizierung und Beschäftigung werden durch die geplanten Veränderungen nur noch begrenzt durchführbar sein.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche voraussichtlichen Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz hat die Instrumentenreform?
2. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die Träger der Maßnahmen?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung für die betroffenen Langzeitarbeitslosen?

2. Abgeordnete

**Bettina Dickes und
Martin Brandl (CDU)**

Einstellungen im rheinland-pfälzischen Schuldienst zum neuen Schuljahr

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrkräfte in Personen und Vollzeitäquivalenten schieden zum 31. Juli 2011 aus dem rheinland-pfälzischen Schuldienst aus?
2. Wie viele Vertretungslehrkräfte sind im Monat August 2011 im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres in Personen und Vollzeitäquivalenten im Schuldienst beschäftigt?
3. Wie viele Planstellen wurden in Personen und Vollzeitäquivalenten zum neuen Schuljahr zur strukturellen Unterrichtsversorgung besetzt?
4. Wie viele Referendare bzw. Lehrer im Vorbereitungsdienst, die zum 1. August 2011 ihre Ausbildung erfolgreich absolviert haben, wurden in absoluten und relativen Zahlen mit einem Vertretungsvertrag bzw. einer Planstelle in den Schuldienst übernommen?

3. Abgeordnete

**Daniel Köbler,
Jutta Blatzheim-Roegler,
Pia Schellhammer und
Ulrich Steinbach**
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidung des BAF vom 10. August 2011 bezüglich „Südumfliegung“

Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung hat am 10. August 2011 die sogenannte Südumfliegung erlaubt. Damit entsteht für die Menschen in Bad Kreuznach, Mainz und Rheinhessen eine Mehrbelastung durch Fluglärm. Täglich werden 120 Flugzeuge zusätzlich diesen Luftraum überfliegen und dabei niedrigere Flughöhen als bisher erreichen.

Die Vorlage der Deutschen Flugsicherung berücksichtigt dabei nur die Interessen des Flughafenbetreibers, der Fraport AG – eine Auslastung des Flughafens möglichst nahe an 100 Prozent. Das berechnete Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner nach Lärmschutz und somit ihr Recht auf Lebensqualität und Gesundheit wird in der Vorlage nicht berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Veränderungen in der Fluglärmbelastung ergeben sich nach der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest im Abflugbereich (BR 25 C) für den Landkreis Mainz-Bingen sowie für die Städte Mainz und Bad Kreuznach?
2. In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung, den Bürgerinnen und Bürgern in den betroffenen Bereichen Informationen zum Anstieg der Fluglärmbelastungen mitzuteilen?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, gegen die Genehmigung der Südumfliegung zu klagen und/oder Klagen von Kommunen beziehungsweise der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Eintreten des Umweltbundesamtes vom 19. Juli 2011 für ein Nachtflugverbot und Flugverbote zu Tagesrandzeiten im Hinblick auf den Flughafen Frankfurt Rhein-Main?

4. Abgeordnete

Christine Schneider
(CDU)

Bezuschussung Schlosshotel Bad Bergzabern

In der 110. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz in der letzten Legislaturperiode hat der Innenminister Folgendes ausgeführt:

„... die baufachliche Bewertung noch nicht abgeschlossen ist. Auch die baufachliche Bewertung wird jedoch nur eine vorübergehende Bewertung des Projektes sein. Die Förderung der Baumaßnahme wird, wie vom Rechnungshof gefordert und in seinem Jahresbericht dargestellt, auf Grundlage eines Kostenerstattungsbetrags erfolgen. Der Kostenerstattungsbetrag dient zur Abdeckung der unrentierlichen Kosten. Das Ergebnis der baufachlichen Prüfung fließt in die Ermittlung des vorliegenden Kostenerstattungsbetrages.“

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegt der Landesregierung die baufachliche Bewertung der Maßnahme Schlosshotel Bad Bergzabern zwischenzeitlich vor und gegebenenfalls zu welchem Ergebnis hinsichtlich einer Wertung und der Höhe der Kosten der Maßnahme kommt die ADD?
2. Wie hoch sind die Gesamtkosten der Maßnahme Schlosshotel Bad Bergzabern und ist die Höhe der zuschussfähigen Kosten inzwischen ermittelt worden? Wenn ja, durch wen und in welcher Höhe?

5. Abgeordnete

**Ingeborg Sahler-Fesel und
Bettina Brück** (SPD)

Frühkindliche Bildung

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) hat im Juli 2011 im Rahmen einer Pressekonferenz einen Achtpunktecatalog für eine bessere frühkindliche Bildung vorgestellt und sich darin u. a. für einen weiteren und nachhaltigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen ausgesprochen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung misst die Landesregierung der frühkindlichen Bildung im Land bei?
2. Welche Maßnahmen wurden seitens des Landes zur frühkindlichen Bildung in den letzten Jahren ergriffen?
3. Welche Schlüsse können aus den oben genannten Forderungen zur frühkindlichen Bildung im Land gezogen werden?
4. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund die geplante Einführung eines Betreuungsgeldes durch die schwarz-gelbe Bundesregierung?

**6. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Dr. Adolf Weiland (CDU)**

Folgerungen der Landesregierung aus den Gutachten zum Pensionsfonds des Landes Rheinland-Pfalz

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat in seinem Jahresbericht 2011, Teil II, ausführlich zum Pensionsfonds des Landes Stellung genommen. Unabhängig davon kommt ein Gutachten von Herrn Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen im Auftrag des Bundes der Steuerzahler in entscheidenden Punkten zu übereinstimmenden Beurteilungen.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Feststellung beider Gutachten, dass der Pensionsfonds Rheinland-Pfalz so lange schon deshalb keine reale Entlastung künftiger Haushalte bewirken kann, wie das Land Einzahlungen in den Fonds aus dem Landeshaushalt nur bei fortgesetzter Nettokreditaufnahme leisten kann?
2. Wie hoch sind die Zinsen, die das Land für neu aufgenommene Kredite im Rahmen der Nettokreditaufnahme zahlen muss im Vergleich zur Höhe der Zinsen, die der Pensionsfonds aus der Anlage seiner Mittel in Schuldscheinen des Landes erhält?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Feststellung beider Gutachten, dass die weit überwiegende Anlage der Mittel des Pensionsfonds im Rahmen eines In-Sich-Geschäftes in Schuldscheinen des Landes keine Bildung eines realen Vermögens sein kann und auch deshalb keine reale Entlastung künftiger Haushalte bewirken kann?
4. Mit welchen Argumenten beabsichtigt die Landesregierung, die Zahlungen aus dem Landeshaushalt in den Pensionsfonds auch künftig als Investitionen auszuweisen und die Kreditaufnahme des Landeshaushalts für diese Zahlungen als nicht relevant für die Einhaltung der künftigen Schuldenbremse einzustufen?

**7. Abgeordnete
Anna Neuhof
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Naturnaher Waldbau und nachhaltige Nutzung

Der naturnahe Waldbau und die nachhaltige Nutzung sind Teil der globalen Verantwortung für Rohstoffsicherung, Klimaschutz und Biodiversität. Wälder und die Forstwirtschaft haben eine besondere Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt in Rheinland-Pfalz (80 Prozent der Natura-2000-Gebiete liegen im Wald).

Naturnahe artenreiche Mischwälder mit standortangepassten Baumarten geben Stabilität auch unter sich ändernden klimatischen Bedingungen. Eine nachhaltige Forstwirtschaft liefert verlässlich den Rohstoff für eine Wertschöpfung, die viele Arbeitsplätze in unserem Land sichert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welcher Weise beabsichtigt die Landesregierung, der besonderen Bedeutung der Wälder für die Vielfalt des Lebens Rechnung zu tragen?
2. Wie soll dies insbesondere in wirtschaftlich genutzten Wäldern realisiert werden?
3. Wie soll das Konzept im Forstbetrieb vor Ort umgesetzt werden?
4. Steht das Konzept im Einklang mit den Kriterien der Waldzertifizierung nach PEFC bzw. FSC?

**8. Abgeordnete
Astrid Schmitt,
Jens Guth und
Thomas Wansch (SPD)**

Neuer Vorstoß aus den Reihen von CSU und CDU zur Einführung einer Pkw-Maut – Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz

Im Juli hat die CSU ihre Forderung nach Einführung einer Pkw-Maut zur Finanzierung von Verkehrsprojekten wiederholt. Verschiedene CDU-Politiker unterstützen den Vorstoß der CSU. Bundeskanzlerin Merkel betont hingegen, dass eine Pkw-Maut in dieser Wahlperiode nicht Teil der Regierungsarbeit sei. Das Drängen der CSU für eine Pkw-Maut ruft auch Alternativvorschläge zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur hervor. Niedersachsens Verkehrsminister Bode (FDP) schlug eine Erhöhung der Mineralölsteuer um 13 Cent pro Liter vor. Dafür solle die Kfz-Steuer abgeschafft und auf eine Pkw-Maut verzichtet werden. Der FDP-Vorsitzende Rösler äußerte sich zurückhaltend zu der Idee und bekräftigte das Nein der Liberalen zu einer Autobahngebühr.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die verschiedenen Vorschläge zur Einführung einer Pkw-Maut?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag zur Erhöhung der Mineralölsteuer bei gleichzeitigem Wegfall der Kfz-Steuer?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den Alternativvorschlag zu einem Ausbau der Lkw-Maut?

9. Abgeordnete

Dorothea Schäfer,
 Andreas Biebricher,
 Adolf Kessel,
 Marcus Klein,
 Wolfgang Reichel,
 Arnold Schmitt,
 Christine Schneider,
 Marion Schneid und
 Gerd Schreiner (CDU)

Hochschulbau in Rheinland-Pfalz

Presseberichten zufolge stehen aktuell mehrere Baumaßnahmen an rheinland-pfälzischen Hochschulstandorten, wie z. B. an der FH Ludwigshafen oder der Universität Koblenz-Landau, zur Disposition.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele und welche Baumaßnahmen an rheinland-pfälzischen Hochschulen zur Ausweitung der Studien- und Forschungskapazitäten ab 0,5 Mio. Euro sind aktuell in der Planung, von den Hochschulen beantragt bzw. in der Durchführung?
2. Wie viele und welche dieser Bauvorhaben sollen zeitlich gestreckt bzw. im Bauumfang reduziert werden?
3. Wie viele und welche dieser Bauvorhaben wurden dieses Jahr negativ beschieden?
4. In welchem Umfang soll der Hochschulbau zur Haushaltssanierung beitragen?

10. Abgeordneter

Matthias Lammert (CDU)

Haltung der Landesregierung zur Vorratsdatenspeicherung

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Aussage des früheren rheinland-pfälzischen Innenministers Karl Peter Bruch vom 26. April 2011 zur Vorratsdatenspeicherung: „Wir müssen das haben, um wirklich alle Möglichkeiten der Gefahrenabwehr auszuschöpfen.“?
2. Teilt die Landesregierung die Aussage des Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann vom 8. August 2011 zur Vorratsdatenspeicherung: „Straftäter entkommen, weil wir keine wirksame Vorratsdatenspeicherung haben.“?
3. Teilt die Landesregierung die vom Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Hendrik Hering in seiner Pressemeldung vom 26. Juli 2011 geäußerte Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung?

11. Abgeordnete

Kathrin Anklam-Trapp
 und Friederike Ebli (SPD)

Auswirkungen des Entwurfs eines Versorgungsgesetzes auf Rheinland-Pfalz

Das Bundeskabinett hat am 3. August 2011 den Entwurf eines GKV-Versorgungsstrukturgesetzes verabschiedet. Gegenüber dem Referentenentwurf enthält dieser nur wenige Änderungen. Allerdings wurden auf Drängen des Bundesfinanzministeriums die Kostenschätzungen überarbeitet. Zusätzlich wurde eine Regelung aufgenommen, die den steuerfinanzierten Sozialausgleich für die Zusatzbeiträge teilweise wieder in Frage stellt. Der Regierungsentwurf hat einschließlich Begründung einen Umfang von 180 Seiten. Er beinhaltet gegenüber dem geltenden SGB V teilweise tiefgreifende Änderungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen stehen nach dem Entwurf künftig zur Verfügung, um eine gleichmäßigere Ansiedlung junger niederlassungsbereiter Ärzte zwischen ländlichem Raum und Ballungsgebieten zu erreichen?
2. Welchen Zusammenhang sieht die Landesregierung zu den im rheinland-pfälzischen Masterplan zur Stärkung der ärztlichen Versorgung vorgesehenen Maßnahmen und welche Schlussfolgerungen zieht sie für diesen aus dem vorliegenden Gesetzentwurf?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf die Versicherten, nachdem auch das Bundesfinanzministerium von Kostensteigerungen infolge des Versorgungsstrukturgesetzes ausgeht?

12. Abgeordnete

Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zensus 2011 – Belange des Datenschutzes sicherstellen

Im Zuge der umfangreichen Volkszählung „Zensus 2011“ wurden zehn Prozent der Bevölkerung auch in Rheinland-Pfalz um Angaben über ihre persönlichen Lebensumstände angefragt. Die Erhebungsbögen mit den zum Teil hochsensiblen Daten über Religion, Erwerbstätigkeit oder Bildungsabschluss werden zurzeit im Statistischen Landesamt in Bad Ems gesammelt.

Im Vorfeld des „Zensus 2011“ wurde neben den damit verbundenen Kosten insbesondere der Datenschutz problematisiert. Datenpannen in erheblichem Ausmaß haben in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass auch große Mengen von personenbezogenen Daten oftmals unzureichend gesichert werden. Auch staatliche Institutionen sind hier gefordert, eine besondere Sorgfalt im Umgang mit personenbezogenen Daten zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Vorkehrungen haben die Landesregierung und das Statistische Landesamt im Hinblick auf die Sicherheit der erhobenen Daten getroffen?
2. Innerhalb welches Zeitraums wird die Anonymisierung der Daten vorgenommen?
3. Was geschieht mit den Erhebungsbögen und den daraus gewonnenen Datensätzen, nachdem die Auswertung und Aufbereitung der Rohdaten abgeschlossen ist?

13. Abgeordneter

Gerd Schreiner (CDU)

Kosten des RPR1. Rheinland-Pfalz Open Air vor dem Landtag

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kosten verursacht das RPR1. Rheinland-Pfalz Open Air in diesem Jahr?
2. Welche Nebenkosten für die Sicherheitsmaßnahmen, die Belastung der Grundstücke und Grünanlagen etc. entstehen?
3. Welche Kosten werden von welchen Sponsoren getragen?
4. Welche Kosten oder Nebenkosten müssen vom Land oder der Stadt Mainz getragen werden?

14. Abgeordnete

**Manfred Geis und
Wolfgang Schwarz (SPD)**

Besucherzahlen Hambacher Schloss

Nach erfolgter Sanierung und Modernisierung des Schlosses und der damit einhergehenden Umstellung des Ausstellungskonzeptes und der Betriebsstruktur sowie der Eröffnung des Restaurantneubaus konnte das Hambacher Schloss nunmehr wieder steigende Besucherzahlen verzeichnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Besucherzahlen, insbesondere auch im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum, entwickelt?
2. Welche Schwerpunkte setzt das Ausstellungskonzept, welche das Veranstaltungskonzept?
3. Wie hoch ist die laufende Förderung der Stiftung Hambacher Schloss durch Landesmittel sowie durch Mittel des Bundes?

15. Abgeordnete

**Margit Mohr und
Marcel Hürter (SPD)**

Mögliche Umweltbelastungen durch einen Betrieb bei Ramstein

Ein Bauschuttunternehmen bzw. Recyclinghof mit einer Steinbrecheranlage in der Nähe von zwei Wohngebieten zwischen Steinwenden-Weltersbach und Ramstein-Miesenbach steht in der Kritik von Anwohnern. Diese haben sich über eine deutliche Lärm-, Staub- und Geruchsbelästigung sowohl in den Abend- und Nachtstunden als auch an Wochenenden mehrfach beschwert und sich in dieser Sache auch an den Bürgerbeauftragten gewandt. Da in unmittelbarer Nähe des Betriebsgeländes auch ein renaturierter Bach, der Moorbach, fließt, befürchten die Anwohner auch mögliche Umweltbelastungen in diese Richtung. Die lokale Presse hat über die bestehende Problematik berichtet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, ob der Betrieb des betreffenden Bauschuttunternehmens an dieser Stelle genehmigt ist?
2. Ist es richtig, dass sich im Bereich der Betriebsfläche eine ehemalige gemischte Mülldeponie der amerikanischen Streitkräfte befindet?
3. Ist der Landesregierung bekannt, ob diese Deponie kartiert und bewertet ist?
4. Hält die Landesregierung den Betrieb eines derartigen Bauschuttunternehmens in unmittelbarer Nähe bzw. auf der Fläche einer ehemaligen Mülldeponie wie auch in der Nähe von Wohngebieten für umweltverträglich?

**16. Abgeordnete
Dorothea Schäfer (CDU)****Haltung der Landesregierung zur Veröffentlichung der Kontrollergebnisse von Lebensmittelunternehmen**

Wie sich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Justiz- und Verbraucherschutz erneut gezeigt hat, tritt Verbraucherschutzminister Hartloff für die alsbaldige Einführung eines bestimmten Modells auch in Rheinland-Pfalz ein, das die Kontrollergebnisse von Lebensmittelunternehmen transparent machen soll (Hygieneampel). Davon befürchtet Wirtschaftsministerin Lemke prangerähnliche Wirkungen und ist deshalb für ein anderes Modell („Smiley“-Symbol).

Ich frage die Landesregierung:

1. Tritt die Landesregierung entsprechend der Forderung des Verbraucherschutzministers für die rasche Einführung der sogenannten Hygieneampel auch in Rheinland-Pfalz ein oder favorisiert sie das Modell, für das sich Wirtschaftsministerin Lemke ausgesprochen hat?
2. Inwieweit sind die zuständigen Stellen in Rheinland-Pfalz angesichts der vorhandenen Belastung der Lebensmittelkontrolleure darauf vorbereitet und in der Lage, die mit verstärkten Kontrollaufgaben verbundenen zusätzlichen Arbeiten durchzuführen?
3. Inwieweit kann insbesondere ein kostenneutraler Vollzug sichergestellt werden?
4. Inwieweit kann insbesondere ein einheitlicher Prüfungsvollzug durch Definition hygiene-relevanter Prüfungspunkte sichergestellt und dokumentiert werden?

**17. Abgeordnete
Arnold Schmitt und
Christine Schneider
(CDU)****Aussetzung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms**

Wie die Landesregierung mitgeteilt hat, muss das Agrarinvestitionsförderungsprogramm der Landesregierung aufgrund des Auslaufens der Fördermittel ausgesetzt werden. Die Ankündigung der Aussetzung ist von der Bauern- und Winzerschaft in Rheinland-Pfalz mit Überraschung und Bedauern zur Kenntnis genommen worden. Es wird befürchtet, dass in den kommenden Monaten kaum zusätzliche Investitionen in den landwirtschaftlichen Betrieben durchgesetzt werden können. Außerdem werden negative Auswirkungen auf den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt befürchtet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen hat die Aussetzung für laufende und für künftige Investitionen und Förderanträge?
2. Mit wie vielen Förderanträgen wäre nach den bisherigen Erfahrungen für den Rest des Jahres ohne Aussetzung der Förderung zu rechnen gewesen?
3. Mit welchem Antragsvolumen wäre für den Rest des Jahres ohne Aussetzen der Förderung zu rechnen gewesen?
4. Welches Bruttoinvestitionsvolumen wird durch die Agrarinvestitionsförderung ausgelöst (pro Euro Förderung)?